

Hansjürgen Koschwitz

Ideologie und Nachrichtenpolitik

Die Auslandsberichterstattung der sowjetischen und chinesischen Parteipublizistik

Das Bild des kommunistischen, neutralen wie nicht-kommunistischen Auslands wird im Bewußtsein der breiteren sowjetischen und chinesischen Öffentlichkeit mit Sicherheit weitaus stärker von den Darstellungen der offiziellen Publizistik geprägt sein, als dies aller Wahrscheinlichkeit nach bei der westeuropäischen oder nordamerikanischen Öffentlichkeit der Fall ist. Die Autoren amtlicher Verlautbarungen in der UdSSR oder China dürfen stets damit rechnen, daß ihre Aussagen zumindest öffentlich nicht in Frage gestellt werden können. Vor allem wirkt sich bei der Formung und Lenkung der öffentlichen Meinung – speziell im Hinblick auf das Auslandsbild – die Erschwerung oder die Unmöglichkeit des persönlich-individuellen Kommunikationsaustauschs mit der Bevölkerung von Staaten abweichender Gesellschaftsordnungen vorteilhaft aus. Da aber allgemeine oder spezielle außenpolitische Maßnahmen von Regierungen zentralistisch und diktatorisch geführter Länder durch eine langfristig gezielte Orientierung und Ausrichtung der Inlandsöffentlichkeit erleichtert werden, kommt der Analyse gerade der Auslandsberichterstattung erhöhte Bedeutung zu.

Die Parteipresse als authentischer Aussageträger

Trotz der Verbreitung der neuen Massenmedien Rundfunk und Fernsehen nimmt die Parteipresse in den meisten sozialistischen Staaten eine Vorrangstellung ein. Ebenso wie sie die öffentliche Meinung für den innenpolitischen Bereich maßgeblich beeinflußt, schreibt sie gleichermaßen die offizielle Interpretation des Auslandsgeschehens vor. Daß die übrigen Kommunikationsmittel in der Tendenz ihrer politischen Aussagen mit der Presse nicht konform gehen könnten, ist demnach normalerweise auszuschließen. Überdies ist die gesamte Presse in sich insofern hierarchisch gegliedert, als an ihrer Spitze ein bestimmtes Organ und Sprachrohr der Staatspartei steht, das allen anderen Pressepublikationen den Ton angibt. In der Sowjetunion ist dies immer noch unbestritten das Moskauer Parteiblatt „*Pravda*“, in China die Pekingener „*Volkszeitung*“ (Renmin Ribao) – auch wenn ihr seit 1966 die *Armeezeitung* (Jiefangjun Bao) diesen Rang zum Teil streitig gemacht hat.

Prestigeblätter wie die „Pravda“ oder die „Volkszeitung“ sind für das Studium politischer Ereignisse und Entwicklungen in diesen Ländern eminent wichtige Quellen. Während Weltblätter westlichen Typs die Haltung von Staatsautorität und Öffentlichkeit gewöhnlich in subjektiver – den Tatbeständen oft durchaus angemessener – Weise auslegen und über die Richtung der öffentlichen Meinungsbildung nur aus ihrer jeweiligen politischen Sicht urteilen können, sind offizielle Partei- und Regierungszeitungen totalitärer Staaten grundsätzlich zu autorisierten Darstellungen der Politik staatlicher Obrigkeit befugt. Eben aus diesem Grund stellen sie unentbehrliche Informationsnachweise für das Ausland dar. Da sie der direkten Kontrolle der zentralen staatlichen Entscheidungs- und Machtinstanz unterstehen, da die politisch Verantwortlichen selbst außerdem häufiger in solchen Blättern Artikel oder Stellungnahmen verfassen oder inspirieren, spiegeln sie die Motivationen der intern entscheidenden kollektiven Führung wider. Dennoch sind Inhalt und Aussagen dieser Presseorgane nicht uneingeschränkt mit den *tatsächlichen* Auffassungen der politischen Führung zu identifizieren. Eine derartige Identifikation ist nur annäherungsweise vertretbar, da die spezifische Propaganda- und Repräsentationsfunktion kommunistischer Zeitungen mit Sicherheit oft eine einseitig pointierte oder propagandistisch überzogene Darlegung der offiziellen Meinung bedingt. Rückschlüsse auf die wirklichen Absichten der Partei- und Regierungsspitze können trotz der Authentizität der publizistischen Äußerungen somit vielfach nur indirekt und mit einigem Vorbehalt gezogen werden.

Andererseits reflektieren diese Blätter getreulich die Prägung der „öffentlichen Meinung“, sofern unter diesem Terminus eine staatlich dirigierte Öffentlichkeit verstanden wird, aus der abweichende oder gar oppositionelle Meinungen strikt verbannt sind. So kann die stärkere Akzentuierung der Auslandsberichterstattung gegenüber der Inlandsberichterstattung, wie sie etwa in der chinesischen Publizistik nach dem Abflauen der Kulturrevolution zu beobachten ist, auf den Wunsch der Führung hinweisen, die Aufmerksamkeit intensiver auf die Ereignisse außerhalb der eigenen Landesgrenzen zu lenken, und deutlich machen, in welchem Grad die Bevölkerung überhaupt am System der internationalen Kommunikation teilhaben soll. Umgekehrt verrät die Überbetonung der Inlandsberichterstattung im Vergleich zum Anteil der Auslandsmeldungen den Wunsch der politischen Führer, den Blick der Leser mehr und mehr auf das heimische Geschehen zu konzentrieren, möglicherweise auch, die nationale Selbstbezogenheit, das Aufsichselbstgerichtetsein des Landes oder die Tendenz zum Isolationismus hervorzukehren. Auch hierfür war das kulturrevolutionäre China ein Beispiel: vergleicht man quantitativ die strukturellen und thematischen Veränderungen in der außenpolitischen Berichterstattung der Pekinger „Volkszeitung“ im Zeitraum Januar-März 1965 und Januar-März 1969, so fällt als erstes auf, daß die Auslandsberichterstattung (einschließlich der Meldungen zu Fragen der auswärtigen Beziehungen Chinas) 1965, also vor Beginn der Kulturrevolution, noch 75 % des gesamten Zeitungsinhalts betrug, Anfang 1969 nurmehr 50 %. Noch deutlicher ließ sich dies an einem Vergleich der Titelseiten im gesamten Zeitabschnitt ablesen: 1965 machte hier

die Auslandsberichterstattung fast 75 % aus, 1969 nur noch 38 %, wobei überdies fast alle Beiträge und Informationen die durch den Ussuri-Konflikt hervorgerufenen Spannungen mit der Sowjetunion betrafen. Eindeutig bevorzugtes Thema der Titelseite waren nun die innenpolitischen Vorgänge, insbesondere die kulturevolutionäre Parteiagitiation. Demgemäß gestatten die Verteilung der inhaltlichen Schwerpunkte und die Aufgliederung der Themen unmittelbare Schlußfolgerungen hinsichtlich derjenigen politischen Bereiche, in denen die Verantwortlichen Prioritäten zu setzen gedenken.

Auch ist stets dann ein direkter Rückschluß auf die offizielle Informationspolitik möglich, sobald Meldungen verfälscht oder gänzlich unterdrückt werden. Demgegenüber sind Einseitigkeiten und Verzerrungen der Nachrichtenvermittlung in unabhängigen „Qualitätsblättern“ westlicher Provenienz meist auf redaktionelle Willkür zurückzuführen, nicht aber in der Regel staatlicher Intervention anzulasten.

Es wird hingegen schwer fallen, aus den Staatszeitungen allein die wirkliche Meinung der Bevölkerung zu erkennen. Wenn nicht zusätzliche Indizien herangezogen werden können, so etwa untrügliche, das Denken und die Einstellung der Massen tendenzfrei darstellende schriftliche oder mündliche Zeugnisse und Äußerungen kompetenter Beobachter, sind solche Blätter nur begrenzt auswertbar. Diktatorische Systeme reagieren zumeist auf Volksstimmungen recht unterschiedlich; es gibt hinreichend Belege für die totale Negation solcher Stimmungen in der Publizistik ebenso wie für ein vorsichtig-behutsames Eingehen auf latente Strömungen in der „öffentlichen Meinung“. Die offizielle Staats- und Parteipresse kann zweifellos häufig Anhaltspunkte zur Erforschung der Volksmeinung liefern, die jedoch stets anhand anderer Quellen nachzuprüfen sind.

Komplementäre Funktionen der Inlands- und Auslandsberichterstattung

Zu den gängigen Auffassungen über das Wesen dieser Parteipresse gehört die These, daß die weitgehend zentral gelenkten Organe der Staatspublizistik bestrebt oder gezwungen sind, Tatbestände oder Entwicklungen des politischen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens in bewußt tendenziöser Form darzustellen oder durch einseitiges Filtern von Informationen das Bild des Geschehens zu verfälschen. Zwar erscheine es als unmöglich, in der innenpolitischen Berichterstattung die Erfahrungen und Einsichten des einzelnen Lesers, insbesondere sein Wissen um allzu evidente Mißstände gänzlich zu ignorieren. Andererseits bleibe aber der Staats- und Parteiführung für die außenpolitische Berichterstattung erheblicher Spielraum zu Manipulationen und willkürlichen Auslegungen, da hier die Nachprüfbarkeit der Meldungen durch die Leserschaft nahezu ausgeschlossen ist. Gerade in den sogenannten „geschlossenen“ Gesellschaftsordnungen des Sozialismus fehle dem Durchschnittsleser meist jede Gelegenheit zur Kontrolle und Korrektur von Fehlinformationen, so daß

er sich in weit geringerem Maß einen persönlichen Einblick in die Vorgänge der internationalen Politik verschaffen könne, als dies dem Leser westlicher Länder möglich ist, dem zum großen Teil ungehindert ausländische Informationsquellen zur Verfügung stehen.

Da Zeitungen (und Zeitschriften) im kommunistischen Machtbereich Instrumente der staatlichen Massenführung im Innern sind, ist in der Tat zu erwarten, daß sie Diskrepanzen zwischen den tatsächlichen politischen Vorgängen im Ausland und ihrer Deutung durch Regierung und Partei nur insoweit reflektieren, als der für die innenpolitische Berichterstattung relevante spezifisch propagandistische und erzieherische Auftrag der Presse nicht wesentlich beeinträchtigt wird. Somit werden die Redaktionen gewiß bestrebt sein, die Übermittlung des außenpolitischen Geschehens mit den Erfordernissen der innenpolitischen Agitations- und Propagandaziele in Einklang zu bringen und die Öffentlichkeit nur in dem Maß zu informieren, wie die politische Führung dies für angemessen oder opportun hält. Widersprüchlichkeiten zwischen der Realität und den von der Partei propagierten Leitbildern werden möglichst aus der Nachrichtenpolitik gänzlich ausgeklammert, bis sie sich als gelöst erweisen, oder aber nicht mehr übersehen werden können und im Sinn der offiziellen Parteilinie zu interpretieren sind.

Wie häufig die Auslandsberichterstattung nur eine *Funktion* der Inlandsberichterstattung ist, zeigen u. a. die folgenden Beispiele: Während der Kulturrevolution berichtete die chinesische Presse häufig über die „Umerziehung“ der intellektuellen Jugendlichen, vor allem der Oberschüler und Studenten, über ihre Ausweisung aus den Universitäten und ihre Zwangsumsiedlung in ländliche Regionen. Indirekt wurden die Schwierigkeiten und Widerstände in dieser Kampagne vereinzelt in der Presse zugegeben. Die Auslandsberichterstattung versuchte dem durch den auffallend häufigen Abdruck übertriebener Berichte über die Unruhe der westlichen akademischen Jugend entgegenzuwirken. Oder: Die Pekinger „Volkszeitung“ vom 6. Juli 1969 brachte in der Inlandsberichterstattung einen ganzseitigen Artikel, in dem rühmend von der Stabilität der chinesischen Volkswährung im Rahmen des internationalen Valutasystems gesprochen wurde („Ein großartiger Sieg der Mao-Tse-tung-Gedanken an der Währungsfront“). In der Auslandsberichterstattung erschien ergänzend eine mehrspaltige Meldung über die sich angeblich verschärfende Finanz- und Währungskrise im Westen („Die Währungskrise erschüttert in wachsendem Maß die kapitalistische Welt“). Solche Gegensätzlichkeiten sind nie zufällig, sondern entspringen stets dem redaktionellen Grundsatz der einheitlichen inhaltlichen Zeitungsstruktur. Gerade die Wirtschaftsthematik reizt natürlich zu solchen Gegenüberstellungen von Negativem und Positivem, zur Schwarz-Weiß-Berichterstattung.

Ideologische Grundlagen der sozialistischen Nachrichtenpolitik

Als entscheidende Kriterien jeder Nachrichtenpolitik (Informationspolitik) gelten gemeinhin die selektive Darbietung bestimmter Tatbestandsmitteilungen, die absichtlich tendenziöse oder grob verzerrende Darstellung des veröffentlichten Informationsmaterials sowie das Verschweigen von einzelnen, mehr oder minder charakteristischen, dem betroffenen Informanten jedoch mißliebigen Ereignissen in der Berichterstattung. Definitionen zum Thema Nachrichtenpolitik legen gewöhnlich jene Kriterien als wesentlich zugrunde und umschreiben sie demgemäß als die „bewußte Beeinflussung der Öffentlichkeit durch Verbreitung bestimmter Nachrichtengruppen oder Zurückhaltung anderer Nachrichtengruppen“ (E. Dovifat). Aus dieser Praxis erklärt sich leicht, daß das Wort Nachrichtenpolitik einen zumeist wenig ehrenvollen Klang erhalten hat und durchaus zu Recht häufig mit dem Begriff der gezielten Irreführung, der gewollten Desorientierung oder gar der totalen Manipulierung assoziiert wird. In Staats- und Gesellschaftsordnungen mit verfassungsmäßig verankerter und ungehindert praktizierter Meinungsp pluralität, in denen sich die unterschiedlichsten politischen Betrachtungsweisen und ideologischen Vorurteile entgegenstehen, ausgleichen oder erbittert befehden, in denen außerdem die politisch gewichtigen Gruppierungen der Öffentlichkeit uneingeschränkter Zugang zu staatlich nicht-kontrollierten Informationsquellen haben, wird die bewußt verfälschende Nachrichtenpolitik auf die Dauer generell ein wenig ratsames Mittel politischer Führungskunst sein – von akuten Krisen und Bedrängnissen des Staates einmal abgesehen, die zuweilen die informationspolitischen Normen der Verfassung außer Kraft setzen. Nichtsdestoweniger sind auch Regierungen demokratischer Länder gegenüber dem Drang, der Inlandsöffentlichkeit die nationale wie internationale Politik in einer für die eigene Linie schmeichelhaften Weise auszulegen und den Verlauf der internationalen Entwicklung als Bestätigung des eingeschlagenen politischen Kurses zu deuten, keineswegs immun. Schon hier erweist sich Nachrichtengebung in ihrem eigentlich informatorischen Aspekt als ein Faktor politischer Willensbildung. Zwar gibt es zweifelsohne Maßstäbe einer „objektiven“ Berichterstattung insofern, als damit das Bemühen um detailliertes, protokollhaftes Recherchieren, um allseitiges Erfassen der Tatbestände, um sachlich-neutrale, unpolemische Darstellung als Voraussetzungen einer sich anschließenden kommentierenden Wertung gemeint ist; doch schon der jeglicher Form des Berichtens innewohnende Zwang zur Sondierung des Wesentlichen vom Unwesentlichen setzt der „Objektivität“ Grenzen. Das Überakzentuieren unrepräsentativer, wahllos herausgegriffener Fakten ist dabei oftmals weniger der offenkundigen Absicht zu verfälschender Darlegung als in erster Linie der unbewußten Prädisposition des Beobachtenden und Berichtenden zuzuschreiben. Ideologische Motive sind es besonders, die das Postulat objektiver, neutraler Information relativieren müssen.

Den Vorwurf der absichtlichen Verfälschung oder Manipulation von Informationen würden kommunistische Presse- und Propagandafunktionäre für ihre Praxis nicht

gelten lassen, weder für die Inlands- noch für die Auslandsberichterstattung. Typisch ist, daß das „Wörterbuch der marxistisch-leninistischen Soziologie“ (1969) Manipulation als eine ausschließlich klassenbedingte Erscheinung ansieht und sie als „Herrschaftstechnik der Großbourgeoisie, die das Bewußtsein der großen Masse des Volkes, entgegen deren objektiven Interessen, den Klasseninteressen der Großbourgeoisie, der imperialistischen Ideologie so weit wie möglich anzupassen sucht“, umschreibt. Als Gegensatz der Manipulierung wird die „demokratische und sozialistische Bewußtseinsbildung und Bewußtseinslenkung“ (!) verstanden. Wenn demnach die Moskauer „Pravda“ in einer TASS-Meldung am 17. Juli 1969 die folgende wirtschaftspolitische Nachricht aus Bonn bringt:

„In Westdeutschland steigen die Steuern ununterbrochen. Während der ersten sechs Monate dieses Jahres stiegen allein im Land Nordrhein-Westfalen die Steuern im Vergleich zum vergangenen Jahr um 18,3 Prozent . . .“

so wäre diese Information nach westlicher, „bürgerlicher“ Auffassung ein charakteristischer Fall von Manipulation, da in Wirklichkeit nicht die Steuerbelastung, sondern das Steueraufkommen gewachsen ist; hingegen müßte dieses Beispiel nach sozialistischer Ansicht als spezifische Form der demokratischen Bewußtseinslenkung interpretiert werden. Die Forderungen, die an die journalistische Nachrichtengebung gestellt werden, laufen in der Praxis auf zwei Dinge hinaus. Erstens geht es um die Vervollkommnung der Nachrichtengebung, d. h. um die systematische und zielorientierte Information der Bevölkerung als entscheidendem Bestandteil wissenschaftlicher Führungs- und Leitungstätigkeit auf dem Gebiet der ideologischen Erziehung. Zweitens handelt es sich um die Erhöhung der Überzeugungskraft jeder einzelnen Nachricht, um ihren theoretischen Gehalt und die Anwendung effektiver Mittel und Methoden bei der Nachrichtenbeschaffung und -gestaltung. Die Publizistik, so hieß es demzufolge in einem Beitrag der „Pravda“ vom 16. September 1968, „soll keine einfache Photographie der Fakten, keine Konstatierung des Geschehens geben, sondern eine zielgerichtete Darstellung der Vorgänge, Erscheinungen und Neuerungen“!

Solchen Behauptungen widerspricht es durchaus nicht, wenn Theoretiker der kommunistischen Informationspolitik die Wahrhaftigkeit und Objektivität ihrer Berichterstattung rühmen. Objektivität und Parteilichkeit stehen sich nicht entgegen, sondern ergänzen sich, ja bedingen einander. Ein im Februar 1962 von der Leipziger Fakultät für Journalistik vorgelegter Thesen-Entwurf zur Informationspolitik hat deren ideologische Motivation unzweideutig klargestellt: „Nur die sozialistische Journalistik, die die grundlegende Gesetzmäßigkeit unserer Epoche, den Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus, erkennt und die als Organ der revolutionären Arbeiterbewegung für die Durchsetzung dieser Gesetzmäßigkeit kämpft, vermag die echten, objektiven Informationsbedürfnisse der Volksmassen zu fördern und zu befriedigen. Ihre Informationspolitik ist offen parteilich und wissenschaftlich, objektiv, wahrhaftig zugleich.“ Das ist konsequent praktizierter Leninismus. Gerade die Parteilichkeit für den Standpunkt des „Proletariats“ bleibt oberstes Kriterium.

In dieser Konsequenz sind sich im Prinzip europäische und chinesische Kommunisten völlig einig. Noch im September 1968 haben die drei wichtigsten Presseorgane Chinas, die Pekinger „Volkszeitung“, die ideologische Parteizeitschrift „Rote Fahne“ und das Armeebblatt, in einem gemeinsamen Grundsatzartikel auf die kompromißlose Klassenorientierung hingewiesen: „Eine Journalistik, die frei von jeglicher Bindung wäre, kann es einfach nicht geben . . . Die Journalistik hat Klassencharakter und ist parteiisch. Eine ‚objektive Berichterstattung‘, die über den Klassen steht, gibt es nicht . . .“ Und statt nach den Leserbedürfnissen, nach den Leserinteressen zu fragen – ein Vorwurf, der dem gestürzten Staatspräsidenten Liu Shao-qi gemacht wurde –, galt nun einzig und allein die Richtschnur Mao Tse-tungs: „Bei dem, was in der Presse propagiert wird, muß in Erwägung gezogen werden, ob es dem Volk nützt oder nicht.“ Die Frage nach dem Nutzen läßt sich aber in dieser Sicht nur unter ausschließlich ideologischem Aspekt, niemals aus dem subjektiven Blickwinkel des einzelnen Lesers beantworten.

Ist man sich über die ideologisch motivierte Umdeutung der publizistischen Begriffe im klaren, so verwundert keineswegs die in dem sowjetischen KP-Journal „Kommunist“ (H. 4/1970) geäußerte Meinung: „Die Partei fordert von allen Presseorganen, die Werktätigen umfassend und systematisch über das politische, wirtschaftliche wie kulturelle Leben des Landes und über die internationale Lage zu informieren, mit ihnen in offener Sprache zu reden, ohne Schwierigkeiten und Mängel zu vertuschen, ohne akuten Problemen auszuweichen, und Wege zu ihrer Lösung gemeinsam zu durchdenken und auszuarbeiten.“ Speziell im Hinblick auf die Auslandsberichterstattung der kommunistischen Publizistik hat ein Kommentator der „Pravda“ (30. März 1969) die Konzeption der auf politisch-ideologischen Grundsätzen fußenden Nachrichtenpolitik der von ihm demonstrativ verworfenen Praxis der westlichen Presse entgegengesetzt: „Die modernen Informationsmedien sind in der Lage, den Menschen viel Gutes zu leisten, wenn sie den echten Interessen der Völker dienen, wenn sie auf Fragen Antwort geben, was das wesentliche an dem Gegenwartsgeschehen und was zweitrangig ist, und wie sich in ihnen die Grundlinien der Entwicklung in der Welt widerspiegeln. Jedoch bemüht sich die imperialistische Propaganda, die Waffe der Information für ihre Ziele auszunutzen. Hierbei verfälscht sie die Ereignisse, verzerrt ihre Bewertung, hebt die einen Tatsachen hervor und verschweigt die anderen mit dem Ziel, die fundamentale Tendenz der gegenwärtigen Entwicklung zu verbergen: den sich immer breiter entfaltenden Kampf der heutigen revolutionären Kräfte für Frieden, Demokratie und Sozialismus.“

Daraus leitet sich andererseits in folgerichtiger Weise für die Praxis der kommunistischen Auslandsberichterstattung der Anspruch ab, nur solche Ereignisse und Entwicklungen zu registrieren, die im Einklang mit der ideologischen Weltansicht des Sozialismus stehen, und alle „a-typischen“ Erscheinungen als im Grund unbedeutsam zu negieren. Auch in dieser Beziehung wird das Konzept der Einheit von Inlands- und Auslandsberichterstattung wieder wirksam, das oft dazu führt, daß die Auslands-

berichterstattung lediglich als eine Fortsetzung der Inlandsberichterstattung „mit anderen Mitteln“ erscheint. Es ist demnach kaum als übertriebene Polemik anzusehen, wenn der einst prominente Sowjetjournalist Leonid Wladimirow nach seinem Übertritt in den Westen in kritischer Rückschau gerade auf die Informationspolitik der Massenmedien seine Erfahrung äußert: „In vielen Ländern werden Nachrichten manchmal zensuriert, ‚manipuliert‘, oder es wird die freie Meinungsäußerung auf anderen Wegen beeinträchtigt. In der Sowjetunion aber werden die Nachrichten wie eine Symphonie dirigiert. Jeder Musiker hat seinen Part gut einstudiert, so daß er haarscharf die gewünschte Wirkung erzielt. Für Solisten ist in einer solchen Symphonie kein Platz.“ Wladimirow analysiert hier nur deskriptiv die spezifische Funktionsweise der Nachrichtenpolitik sozialistischer Massenmedien. Das aber dieser besonderen Funktionsweise unterliegende ideologieverhaftete publizistisch-journalistische Prinzip hat der polnische Philosoph Leszek Kolakowski in einem Vorwurf an die Redakteure der Parteipresse einmal so charakterisiert: „Sie beschreiben ein Konkretum nicht auf Grund seiner Analyse, sondern auf Grund der Deduktion aus dem von Ihnen normativ angenommenen Vorbild.“ Doch auch diese elegantere Umschreibung verhüllt nur schwer, daß es sich hierbei im wesentlichen um einen bewußten oder unbewußten manipulativen Akt handelt.

Die unterschiedliche Praxis der sowjetischen und chinesischen Nachrichtenpolitik

Die Auslandsberichterstattung in der sowjetischen und chinesischen Publizistik ist gleichermaßen weitgehend durch das Monopol der Informationsquellen bestimmt. Liegt dieses Monopol in China vollständig bei der Agentur „Neues China“ (Hsin-hua), so hat in der UdSSR die TASS-Agentur nicht eine ähnlich beherrschende Position, da hier das Parteiorgan „Pravda“, das Regierungsblatt „Izvestija“, die Gewerkschaftszeitung „Trud“ sowie das Organ des Jugendverbands „Komsomolskaja Pravda“ über eigene Auslandskorrespondenten verfügen. Allerdings übernehmen auch diese Zeitungen in großem Umfange Meldungen von TASS, die in 85 Ländern Filialen unterhält (Zahl der Abonnenten 4220). Zu den Besonderheiten der chinesischen Praxis gehört es, daß hier die Korrespondenten der Hsinhua-Agentur gleichzeitig Korrespondenten der „Volkszeitung“ sind, d. h. daß die Korrespondenten der „Volkszeitung“ sämtliche Aufgaben von der staatlichen Agentur zugewiesen erhalten. Selbstverständlich fungiert sie primär als Propagandazentrale; der frühere Chef der ZK-Propagandaabteilung Lu Ding-yi bezeichnete sie daher im Jahr 1957 als „ebenso wichtig wie die Partei, die Regierung, die Armee oder die Gerichte und eine Waffe des Klassenkampfes“. Gegenwärtig soll sie in ungefähr 50 Ländern Büros oder Filialen eingerichtet haben.

Abseits der offiziellen, für das sowjetische und chinesische Massenpublikum bestimmten, ideologisch wie informationspolitisch stark eingefärbten Auslandsberichterstattung verfügt das politische Führungscorps beider Länder über vertrauliche Nach-

richtenquellen, die ein ungeschminkteres Bild von der Außenwelt vermitteln. So gibt die TASS-Agentur neben den für die breite Öffentlichkeit vorgesehenen Bulletins (in violetter Farbe gedruckt) die sogenannten „weißen“ Bulletins heraus (belyj TASS), zu denen nur der verantwortliche Redaktionssekretär Zugang hat. Sie sind in sachlichem Ton gehalten und sollen vor allem als Grundlage für Artikel dienen, die sich mit westlichen Meldungen auseinandersetzen. Zusätzlich erscheinen die „roten“ Bulletins, die überwiegend aus Kommentaren der Auslandspresse bestehen und nur von den Chefredakteuren der großen Blätter oder von höheren Parteichargen eingesehen werden dürfen. Als Parallele zu den geheimen TASS-Informationen existiert auch in Rotchina eine vertrauliche Nachrichtenpublikation für Parteifunktionäre, höhere Kader- und Vertrauenspersonen: die von der Hsinhua-Agentur publizierten „Can-kao Hsiao-hsi“ (Nachschlage-Informationen). In Aufmachung, Format und Seitenzahl gewöhnlicher Zeitungen, jedoch ohne Leitartikel und Kommentare herauskommend, bietet dieses interne Informationsorgan den Funktionären ein wesentlich differenzierteres und weniger wirklichkeitsfremdes Bild der Weltpolitik, als es aus den allgemein zugänglichen Massenmedien zu entnehmen ist; es enthält nicht allein der öffentlichen Verfügbarkeit entzogene Meldungen, sondern bezieht diese zudem hauptsächlich aus nicht-kommunistischen Nachrichtenquellen.

Die Existenz solcher internen Nachrichtenpublikationen in der UdSSR und China ist aus dem Grund von erheblichem Interesse, weil sie weitgehend die Annahme widerlegt, daß internationale Spannungen oder Mißtrauen in den zwischenstaatlichen Beziehungen auf Kommunikationslücken oder Informationsdefizite und auf dadurch bedingte Mißverständnisse zurückzuführen seien. Auch in totalitären Systemen hat die Führungsschicht jederzeit die Möglichkeit, sich einen detaillierten und der Wirklichkeit angemessenen Eindruck vom Weltgeschehen zu verschaffen, so daß Kommunikationsschwierigkeiten an sich kaum als eine ins Gewicht fallende Ursache für politische Fehlentscheidungen angesehen werden können. Für solche Fehlentscheidungen ist weit mehr die ausschließlich ideologisch fundierte Auslegung von Informationen verantwortlich zu machen, die exakt ermittelbare Angaben und Daten einem vorfabrizierten Denkklichee unterwirft und dadurch absichtlich oder unbewußt häufige Ursache einer Verkennung der Realitäten ist. Ganz besonders für China scheint die Erfahrung zuzutreffen, daß die dortige politische Führung oft genug der Suggestion ihres illusionären Auslandsbilds erlegen ist und sich daher mannigfache Fehlinterpretationen der internationalen Entwicklung geleistet hat, wo die pragmatischer urteilenden Sowjetfunktionäre zu realistischeren Einschätzungen gelangt sind. Gedacht sei nur an die Meinungsverschiedenheiten über die Möglichkeit einer kriegerischen Auseinandersetzung mit dem westlichen Machtsystem oder an die von den Sowjets zu Ausgang der fünfziger Jahre vertretene These, daß in einem Teil der hochentwickelten kapitalistischen Hemisphäre eine gewaltsame Revolution nicht mehr zu erwarten ist. Die Prägung des jeweiligen Auslandsbilds ist naturgemäß nicht zuletzt von den Kontakten des Führungskorps zur Außenwelt abhängig.

Wie sind nun konkret die Unterschiede zwischen der sowjetischen und chinesischen Nachrichtenpolitik im Hinblick auf die Auslandsberichterstattung zu kennzeichnen?

Ein zunächst auffälliger Unterschied besteht in der nicht selten krass voneinander abweichenden Reaktionsweise auf Vorgänge von weltweiter Resonanz. Bei kaum einem anderen Ereignis ist dies einer breiteren internationalen Öffentlichkeit so bewußt geworden und von ihr ebenso aufmerksam wie überrascht zur Kenntnis genommen worden wie am Beispiel des amerikanischen Mondlandeunternehmens im Juli 1969, das über sein wissenschaftlich-technisches Interesse hinaus auch in politischer Hinsicht überaus bedeutsam war. Verwunderlich war diese Informationspraxis der Chinesen keinesfalls, da schon seit den frühen sechziger Jahren sowjetische und amerikanische Weltraumerfolge nicht mehr verzeichnet worden waren. Das totale Ignorieren der Mondlandung hat in der Presse des nicht-kommunistischen Auslands zu bissigen Kommentaren Anlaß gegeben, wobei man besonders auf die offenkundige Diskrepanz zwischen einer solchen Form restriktivster Nachrichtenpolitik und dem ständig und intensiv zunehmenden Kommunikationsaustausch selbst zwischen Staaten von unterschiedlicher Gesellschaftsordnung hinwies. Andererseits wurde erkannt, daß die Abkapselung der chinesischen Inlandsöffentlichkeit eine der Voraussetzungen für den Erfolg der kulturevolutionären Ziele darstellte: da Chinas Welt- und Gesellschaftsbild gänzlich von den Lehren Mao Tse-tungs beherrscht wird, müssen sämtliche diesen Lehren widersprechenden oder sie widerlegenden Entwicklungen, die die Revolutionierung des politischen Bewußtseins der Massen hemmen könnten, ignoriert werden. Die Publikation wissenschaftlicher Errungenschaften des gegnerischen Auslands würde aber notgedrungen den Glauben an die Unbesiegbarkeit und Unfehlbarkeit der Lehrsätze Maos – gerade im Hinblick auf die angebliche Überlegenheit der „proletarischen“ Wissenschaft – erschüttern helfen. Denn auch die Vermittlung von Sachinformationen wird immer wieder dem rigorosen ideologischen Konzept unterworfen. Das hatte im Prinzip der ehemalige Propagandachef Lu Ding-yi bereits 1957 klipp und klar von den Redaktionsfunktionären verlangt: „Die Korrespondenten und Redaktionsmitglieder stehen vor einer zweifachen Aufgabe: erstens, sich mit einer Meldung zu beeilen; zweitens, diese zu verzögern. Einzelne Informationen müssen rasch übermittelt werden, um Zeit zu gewinnen; andere Informationen dürfen hingegen erst gar nicht zur Veröffentlichung gelangen, sondern müssen zurückgehalten werden. Es ist erforderlich, daß sich der Journalist unbedingt in der Politik auskennt; er muß – von ausschließlich politischen Erwägungen ausgehend – überlegen, was eilig gemeldet werden soll und was zurückzuhalten, was zu akzeptieren und was fortzulassen ist... Unsere Journalisten müssen unsere eigene, proletarische, volksnahe, sozialistische Politik kennen.“ Dieses Informationspolitische Grundprinzip des chinesischen Journalismus erfuhr im Juli 1969 eine für das gesamte Ausland lehrreiche Interpretation.

Die chinesische Nachrichtenpraxis erregte um so mehr Aufsehen, als die sowjetische Publizistik über das Ereignis zu gleicher Zeit ausführlich, sachlich und wissenschaftlich fundiert berichtete, obschon es keine ähnlich starke Resonanz in den Massenmedien

fand, wie dies bei sowjetischen Weltraumunternehmen geringerer Bedeutung stets der Fall gewesen ist.

Der Unterschied an dem genannten spektakulären Beispiel demonstrierte eindeutig, worin sich im Grund die sowjetische Auslandsberichterstattung von der chinesischen generell abhebt: Die Sowjetöffentlichkeit kann in der Regel nicht mehr mit gleicher Radikalität von den Vorgängen in der Außenwelt abgeschirmt werden, wie dies offensichtlich bei der chinesischen Öffentlichkeit noch möglich ist. Das höhere wissenschaftliche und ökonomische Entwicklungsstadium der UdSSR bedingt einen unvergleichlich intensiveren Grad des Kommunikationsaustauschs mit dem Ausland, so daß das offizielle Nachrichtenmonopol mehr und mehr in Frage gestellt wird. Daraus folgt, daß die sowjetische Auslandsberichterstattung in wachsendem Maß gezwungen ist, Vorfälle zu registrieren, die sich nur schlecht in das eigene außenpolitische Bild einfügen lassen. Gerade bei solchen Gelegenheiten fällt aber die Verzögerung der Informationen auf und – als wichtiges Indiz – das Ausbleiben einer zügigen Kommentierung. Als am 6. September 1970 palästinensische Freischärler in Europa mehrere Flugzeuge in ihre Gewalt brachten – und die gesamte nicht-kommunistische Weltpresse dies tagelang zum beherrschenden Thema ihrer Berichterstattung machte –, ließ dagegen die Sowjetpresse vorerst nichts verlauten, möglicherweise, um negative Eindrücke in den arabischen Ländern zu vermeiden und die weitere Entwicklung erst abzuwarten. Als es augenscheinlich wurde, daß der Konflikt sich länger hinziehen würde, brachte die Presse am 10. September eine gleichlautende TASS-Meldung über „Zwischenfälle im Luftverkehr“, enthielt sich aber eines direkten Kommentars. Außerdem fehlte in der Meldung jeder Hinweis auf die Forderung der Guerillas nach Freilassung anderer inhaftierter Terroristen und auf ihre Drohung, im Fall der Weigerung seitens der Gewahrsamsstaaten die Flugzeuge mitsamt den Passagieren zu sprengen. Geraume Zeit später, am 17. September, ließ die „Pravda“ ihre Leser dann wissen, daß man sowjetischerseits die Methode der Flugzeugentführungen zwar ablehne, als die wahren Schuldigen der nahöstlichen Krise aber „israelische Extremisten“ ansehe. Die Verzögerung, das dilatorische Verfahren der sowjetischen Informationspolitik sollte eventuell auch dazu beitragen, eine vorschnelle, d. h. in diesem Falle negative Reaktion der Bevölkerung zu verhindern.

Obwohl die chinesische Auslandsberichterstattung den Ereignissen im Nahen Osten – wie allen Vorgängen, in denen „Befreiungsbewegungen“ ihre Hand im Spiel haben, – gewöhnlich außerordentlich breiten Raum widmet, fand die Luftpiraterie in ihr dagegen zu gleicher Zeit keinerlei Resonanz.

Die unterschiedliche Informationspolitik der sowjetischen und der chinesischen Publizistik ist um so erstaunlicher, als anzunehmen ist, daß beide Regierungen, sowohl die sowjetische als auch die chinesische, der Luftpiraterie als politischem Mittel ablehnend gegenüberstehen. Vorenthalten konnte die sowjetische Regierung diese ihrer Leserschaft, von der ein qualifizierter Teil mit Sicherheit aus anderen Nachrichtenquellen über die Vorfälle ohnehin unterrichtet war, kaum noch, da sie international

zu starkes Aufsehen erregt hatte. Die Pekinger Führung brauchte in ihrer Informationspraxis solchen Aspekten hingegen nicht nachzugeben. Dabei störte es durchaus nicht, daß die Vorkommnisse dominierendes Thema des Weltgeschehens gewesen waren. Vielmehr erfolgt die Auswahl der Nachrichten in der chinesischen Auslandsberichterstattung allein nach Gesichtspunkten des politischen Ermessens, nicht nach Erwägungen der Aktualität oder der rein publizistischen Wirksamkeit.

Noch deutlicher treten ähnliche Unterschiedlichkeiten in der Berichterstattung über Parlamentswahlen in westlich demokratischen Ländern in Erscheinung, die nicht nur aus rein informationspolitischen Gründen von Interesse ist. Zwangsläufig würde eine relativ oder nur annähernd sachliche Unterrichtung die Zeitungsleser in sozialistischen, einer echten Parteienpluralität ermangelnden Staaten mit völlig gegensätzlichen Herrschaftsformen und Gesellschaftsordnungen bekannt werden lassen. Über politische Wahlen mit realen Alternativmöglichkeiten zu berichten, hieße für die Publizistik sozialistischer Staaten demnach, den Lesern ein dem eigenen System konträres gesellschaftspolitisches Modell entgegenzusetzen. Ohne dieses Modell in toto für beispielhaft und nachahmungswürdig zu achten, könnten die Leser dennoch geneigt sein, Wahlen mit einer tatsächlichen politischen Entscheidungschance auch für das eigene Land als empfehlenswertes Prinzip politischer Willensbildung zu betrachten. Hypothetisch wäre deshalb anzunehmen, daß die primär um Konsolidierung vorgegebener Werthaltungen bemühte Parteipresse sozialistischer Systeme einer wirklichkeitstreuen Berichterstattung strikt ausweichen oder aber Informationen über Wahlvorgänge in westlichen Staaten nur in der Weise übermitteln wird, die eine agitatorisch-polemische Auswertung im Sinn des eigenen Systems gestattet.

Wiederum ist in der Auslandsberichterstattung der Chinesen und der Sowjets eine abweichende, ja geradezu gegensätzliche Praxis zu registrieren, die mehr als nur graduelle Unterschiede zutage treten läßt. Die Nachrichtengebung und Kommentierungsweise etwa der Moskauer „Pravda“ an den Kriterien einer sachlich-neutralen und alle wesentlichen Aspekte sorgsam abwägenden Informationspolitik zu messen, hieße nichts anderes, als Maßstäbe an die Sowjetpresse zu legen, die sie selbst ausdrücklich und mit aller Entschiedenheit ablehnt. Stellt man die extrem parteiische Funktionsbestimmung dieser ideologieverpflichteten Publizistik in Rechnung, so mag dennoch die relative Offenheit überraschen, mit der Niederlagen der linksorientierten, nichtbürgerlichen Kräfte eingestanden und die Erfolge der antikommunistischen Wahlgruppierungen verzeichnet werden, wie dies beispielsweise nach den japanischen Reichstagswahlen vom Dezember 1969 der Fall war. Es mag ebenso das direkt oder indirekt gegebene Eingeständnis verwundern, daß die Bevölkerung westlicher Demokratien tatsächlich und prinzipiell die Chance zu einer echten Entscheidung besitzt und keineswegs nur als die von der politischen Führung düpierte Masse hingestellt wird. Allenfalls versucht man, den tatsächlichen Wert der Entscheidung zu bagatellisieren oder den Lesern die Manipulierung der Wähler zu suggerieren. So meldeten die Sonderkorrespondenten der „Pravda“ am 5. November 1968 über die amerikanischen Prä-

sidentschaftswahlen, daß die Demoskopie den Wahlausgang maßgeblich mitbestimmen würde:

„... die Verantwortlichen für die Meinungsumfragen behaupten weiterhin, daß gerade sie, die sie über die statistischen Gesetze und eine vieljährige Erfahrung verfügen, die zuverlässigsten Prognosen geben könnten. In den bis zu den Wahlen verbleibenden Stunden werden sie die Amerikaner mit verschiedenen Hochrechnungen über die Ergebnisse der Wahlen, die noch gar nicht stattgefunden haben, buchstäblich überschwemmen. Unwillkürlich erhebt sich die Frage: warum wird das getan? Zweifellos zum Teil deshalb, um den Wähler zu beeinflussen. Ihm sagen sie gewissermaßen: warum soll er sich mit Zweifeln quälen, wenn der Ausgang der Wahlen bereits vorher entschieden ist. Gib deine Stimme dem Sieger!“

Insgesamt dürfte es den sowjetischen Propagandafunktionären aber klar sein, daß eine Übersteigerung dieses Prinzips zumindest bei den kritischen Lesern nicht verfangen würde. Da die Berichterstattung später ohnehin gezwungen ist, genauere Hinweise auf veränderte Regierungskonstellationen oder neue parlamentarische Kräfteverhältnisse zu geben, tut sie gut daran, eintretende Veränderungen in der politischen Führung schon beizeiten zu melden. Nach alledem kann es als ein Grundzug der sowjetischen Auslandsberichterstattung angesehen werden, daß sie häufig nicht nur die Hauptereignisse der Weltpolitik – wenn auch in einer zumeist politisch stark eingefärbten Version – verzeichnet, sondern darüber hinaus eine verhältnismäßig kontinuierliche, allerdings die Aktualität vielfach nicht streng beachtende Berichterstattung pflegt, selbst wenn die politischen Tatsachen den Erwartungen und Wünschen der sowjetischen Politik zuwiderlaufen. Ungünstigen Resultaten wird dann durch thematisch entsprechend gefaßte Berichte entgegenzuwirken versucht.

Wesentlich, wenn nicht gar grundsätzlich anders verhält es sich mit der Wahlberichterstattung in der chinesischen Publizistik. Hier wird den Lesern vielfach ein sinnlos entstelltes Bild geboten. In dieser Auslandsberichterstattung herrscht der erzieherische Auftrag zu politisch-ideologischer Indoktrination derart rigoros vor, daß Tatsachen oft genug in eindeutig verfälschender Form wiedergegeben werden. Dafür waren die Meldungen der Pekinger „Volkszeitung“ zum Ausgang der amerikanischen Präsidentschaftswahlen von 1968 typisch:

„Nach den von amerikanischen kapitalistischen Nachrichtenagenturen am 6. November gemeldeten Wahlergebnissen wird die seit acht Jahren hintereinander herrschende Demokratische Partei abtreten, die Republikanische Partei die Macht übernehmen. Nixon ist aufgrund von trügerischen Erklärungen ‚gewählt‘ worden, daß ‚wir unsere in aller Welt eingegangenen Verpflichtungen in jenen Gebieten vermindern müssen, in denen unsere Lasten zu groß geworden sind‘, und daß ‚wir die übermäßige Schwerepunktbildung auf bevorzugte Gebiete konzentrieren müssen‘, mit denen Westeuropa usw. gemeint ist. Das alles ist ein deutlicher Beweis, daß die monopolkapitalistische Clique der USA in einer überaus schwierigen und verworrenen Situation gezwungen ist, mitten im Strom ‚die Pferde zu wechseln‘, und ein Beweis für die zunehmende Krise des amerikanischen Imperialismus und für seine Ausweglosigkeit.“

Wurden die US-Wahlen von der chinesischen Presse noch zur Kenntnis genommen, da sie sich dank der polemischen „Aufbereitung“ gut in das allgemein stereotype anti-amerikanische Propagandabild einfügen ließen, so fehlte etwa bei den japanischen

Reichstagswahlen (Dezember 1969) oder den deutschen Bundestagswahlen (September 1969) jeder Hinweis in der aktuellen Berichterstattung. Als belanglose Marginale wurden sie später in anderen Zusammenhängen nachgetragen.

Generell fehlen exakte Wahlergebnisse, Wahlstatistiken, Aufstellungen über neue Sitzverteilungen – worüber die Sowjetpresse meist Details anführt – in der chinesischen Presse gänzlich. Gibt die Sowjetpresse Nachrichten mit tendenziösen Kommentaren vermischt wieder, so wird andererseits in der von Peking gesteuerten Presse die Tatsacheninformation fast völlig durch politische Agitation verdrängt, in der die wirkliche und ursprüngliche Bedeutung der Fakten keinerlei angemessene Rolle mehr spielt. Mit keinem Wort wird den Lesern, auch nur zwischen den Zeilen, angedeutet, daß die Bevölkerung an der politischen Wahlentscheidung beteiligt war, vielmehr geben ihnen die Zeitungen zu verstehen, daß die Wahlen – sofern man überhaupt von ihnen Notiz nimmt – nichts weiter als ausgeklügelte Betrugsmanöver seien (das Wort Wahl wird unentwegt in Anführungszeichen gedruckt!). Wie sehr in der chinesischen Auslandsberichterstattung ideologiefixiertes Wunschdenken und Wirklichkeit miteinander in Kontrast treten können, wurde spürbar, als die Pekinger „Volkszeitung“ nach den letzten japanischen Reichstagswahlen mit dem für die gesamte Linke ungünstigen Ausgang statt des Resultats die Gründung einer pekingfreundlichen kommunistischen Partei meldete und über den „tagtäglich wachsenden anti-amerikanischen, patriotischen Kampf des japanischen Volkes“ berichtete. Legenden werden hier bewußt aufgebaut.

Lassen sich andererseits Vorgänge der Weltpolitik in das übliche Schema der chinesischen Auslandsberichterstattung in brauchbarer Weise einordnen, so nimmt die Pekinger Publizistik jede Gelegenheit wahr, um die gewohnten außenpolitischen Thesen zu erhärten. Deshalb widmete die „Volkszeitung“ der vom 8. bis 10. September 1970 in Lusaka (Sambia) stattfindenden 3. Gipfelkonferenz der Blockfreien Länder erhöhte Aufmerksamkeit, da an diesem Beispiel erneut der von Peking stets geförderte Kampf der Dritten Welt gegen das westliche Macht- und Wirtschaftssystem zu demonstrieren war. Die sowjetische Publizistik hatte hingegen weit zurückhaltender berichtet: der Gedanke an ein zwischen Ost und West stehendes politisches Lager mit dem Anspruch auf Neutralität war der sowjetischen Politik weniger sympathisch, die alle Neutralisten stets auf die Linie der sozialistischen Politik zu verpflichten trachtet. Peking aber sah in ihnen eine willkommene Kraft, um den beherrschenden Einfluß der beiden Großmächte USA und UdSSR einzudämmen. Diese unterschiedlichen Haltungen kamen auch in der abweichenden Berichterstattung zum Ausdruck.

Die Problematik der kommunistischen Auslandsberichterstattung

Resumierend läßt sich aus der Analyse einzelner repräsentativer Beispiele feststellen, daß die sowjetische Publizistik – wiewohl in ihr das Prinzip der komplementären Funktionen von Inlands- und Auslandsberichterstattung ebenso unangefochten herrscht

wie in der chinesischen Publizistik – das wesentliche internationale Geschehen zu Protokoll nimmt, es aber in tendenziöser Form – bei Berücksichtigung nicht zu umgehender Fakten – ausdeutet; daß hingegen die chinesische Praxis eine solche kontinuierliche Protokollierung nicht kennt, vielmehr nur dasjenige aus dem internationalen Fragenkomplex willkürlich herausgreift, was politisch-ideologisch opportun erscheint, und dieses dann selbstherrlich oder gar völlig sinnentstellend den heimischen Lesern vorsetzt. In ihr ist Auslandsberichterstattung quasi nur eine Verlängerung der Inlandsberichterstattung. Das alles heißt nicht, daß die sowjetische Nachrichtenpolitik das bewährte Mittel des Ignorierens total verschmähen würde. Es wäre unsinnig anzunehmen, beispielsweise die sozial positiven Aspekte westlicher entwickelter Gesellschaften fänden in ihr irgendwelche Resonanz. Nur ist sie in viel intensiverer Weise zur Reaktion auf Weltereignisse gezwungen, und zwar auch dann, wenn die Umstände der allgemeinen Tendenz sowjetischer Politik nicht gerade entgegenkommen.

Daß es für die Funktionäre des sowjetischen Propagandaapparats immer schwieriger wird, die Auslandsberichterstattung in der gewohnten Manier zu ideologisch-erzieherischen Zwecken auszunutzen, daraus hat – vor allem angesichts des fortschreitenden Abbaus des Informationsmonopols – der Chefredakteur der Regierungszeitung „Izvestija“, Lev Tolkunov, in dem führenden Parteijournal „Kommunist“ (1967/2) keinen Hehl gemacht, als er mahnte: „In den letzten Jahren ist der Angriff der bürgerlichen Ideologie gegen den Sozialismus und Kommunismus stärker und sind die Formen ihres Eindringens in die sozialistische Welt raffinierter und hinterhältiger geworden. Man darf nicht vergessen, daß die Erweiterung der Kommunikation zwischen den Völkern, die wissenschaftlich-technische und ökonomische Zusammenarbeit, die Erfolge von Funk und Fernsehen, der verstärkte kulturelle Austausch zwischen den Staaten, die Entwicklung des Tourismus und der internationalen Sportbeziehungen eine neue Lage bei der Behandlung von Problemen des ideologischen Kampfes geschaffen haben.“ Mit anderen Worten heißt dies: die Sowjetpropaganda muß künftig immer mehr davon ausgehen, daß die propagierten Leitbilder auch der Auslandsberichterstattung auf Passivität der Kommunikationsempfänger stoßen oder gar mit den Meinungen der Bürger kollidieren können, da die sowjetische Gesellschaft gegenwärtig, trotz der augenblicklich forcierten ideologischen Ausrichtung im Innern, einen geringeren Grad des Verschlossenseins gegenüber der Außenwelt aufweist, als dies noch in früheren Jahrzehnten der Fall war oder als es für das heutige China zutrifft.

Nicht nur auf amtlicher sowjetischer Seite, in autorisierten Stellungnahmen, macht man sich Gedanken über die Auslandsberichterstattung der Sowjetpublizistik. Die systeminterne Kritik greift das Thema ebenfalls mit Nachdruck auf. Deutlich wurden Vorbehalte gegenüber der jetzigen Praxis in dem von den Professoren Sacharow, Turtschin und Medwedew im März 1970 an die Spitze der KPdSU gesandten Memorandum. Hier ist unmißverständlich davon gesprochen worden, daß die Methoden der Auslandsberichterstattung erst als Folge einer echten innenpolitischen Liberalisierung wahrheitsgetreuer und glaubwürdiger werden können, denn auch in diesem Be-

reich habe die Erstarrung und dogmatische Praxis der Führung zur Störung des Vertrauens der Leser in die offizielle Sprachregelung geführt.

„Eine Reihe richtiger und notwendiger außenpolitischer Aktionen unserer Regierung werden nicht in gebührender Weise verstanden, da die Bürger darüber nur unvollständig informiert werden. Früher gab es sogar Fälle ungenauer und tendenziöser Information, die das Vertrauen natürlich keineswegs förderten. Eines dieser Beispiele ist die Wirtschaftshilfe an Entwicklungsländer. Vor 50 Jahren leisteten die Arbeiter des kriegszerstörten Europa Hilfe an die Verhungerten im Wolgagebiet. Die Sowjetmenschen sind nicht egoistischer und hartherziger. Aber sie müssen davon überzeugt werden, daß unsere Ressourcen für wirkliche Hilfeleistungen und zur Lösung wichtiger Aufgaben benützt werden und nicht für den Bau pompöser Sportstadien oder für den Kauf amerikanischer Automobile für lokale Beamte. Die Situation der heutigen Welt, die Fähigkeiten und Aufgaben unseres Landes verlangen eine breite Beteiligung an der Wirtschaftshilfe für Entwicklungsländer in Zusammenarbeit mit anderen Ländern. Damit die *öffentliche Meinung* ein richtiges Verständnis für diese Fragen erhält, genügen nicht verbale Appelle, sondern sie braucht *Erklärung* und Belehrung und dafür wieder volle Information und Demokratisierung.“

Ein weiterer prominenter Kritiker des herrschenden Systems, Andrej Almarik, hat in einer pessimistischen Analyse der Perspektiven seines Landes „Kann die Sowjetunion das Jahr 1984 erleben?“ die Gedanken des Sacharow-Memorandums in noch schärferer Akzentuierung wiederholt, möglicherweise jedoch in einer allzu große Skepsis verrätenden Sicht. Dennoch verdienen gerade seine Ausführungen zu dem Einfluß und den Folgen der Auslandsberichterstattung in der Sowjetpublizistik Beachtung, da sie indirekt die Wechselbeziehungen zwischen Inlands- und Auslandsberichterstattung unterstreichen, aber auch die zunehmende Problematik der ideologieverhafteten Informationsweise bestätigen. Almarik sieht zweifellos die offene Diskrepanz zwischen dem durch die offiziellen Medien vermittelten Bild des internationalen Geschehens einerseits und der trügerischen Hoffnung des von ihm attackierten Regimes andererseits, für dieses Bild auch in Zukunft im eigenen Machtbereich volle und unwidersprochene Geltung beanspruchen zu können: „Hier muß auf einen weiteren wichtigen Faktor hingewiesen werden, der sich jedem friedlichen Umbau widersetzt und für alle Schichten der Gesellschaft in gleichem Maß nachteilig ist – die außerordentliche Isolierung, in die das Regime die Gesellschaft und sich selbst hineinmanövriert hat. Es handelt sich nicht nur um die Isolierung des Regimes von der Gesellschaft und der einzelnen Gesellschaftsschichten voneinander, sondern vor allem um die totale Absonderung des Landes von der ganzen übrigen Welt. Sie hat bei allen – angefangen von der bürokratischen Elite bis hin zu den untersten Schichten – ein reichlich unwirkliches Bild der Welt und unserer Situation in dieser Welt geschaffen. Doch je mehr ein solcher Zustand dazu beiträgt, daß alles unverändert bleibt, um so schneller und entschiedener beginnt alles zu zerfallen, sobald der Zusammenstoß mit der Wirklichkeit sich nicht mehr vermeiden läßt.“

Noch aber scheinen die Verantwortlichen des sowjetischen Informations- und Propagandawesens davon auszugehen, daß dem politischen Bewußtsein der Massen ein ungeschminkter Eindruck vom Geschehen in der Außenwelt nicht förderlich sein

würde. In der Tat sind Wandlungen der Auslandsberichterstattung von erheblichen Änderungen des innenpolitisch gerichteten Führungsstils der Partei abhängig. Gegenwärtig aber geht diese innenpolitische Tendenz durchaus nicht in Richtung auf eine Liberalisierung. Noch immer scheint die Partei den Glauben zu hegen, daß die von ihr propagandistisch verkündeten Leitbilder ihre Bestätigung durch den Gang der wirklichen Ereignisse erfahren, daß ihre Worte Fakten und Normen schaffen werden.

In noch extremerer Weise neigen die chinesischen Kommunisten zu einer solchen Haltung, so daß in ihrer Auslandsberichterstattung oft genug die Grenze zum rein Illusionären überschritten wird. Hier hat der Vorrang der Ideologie vor der Realität zu fast grotesken Formen der Einseitigkeit und Auswahl von Informationen geführt; es zeigt sich hier aber ebenso das hohe Maß an Eigengerichtetheit der Pekinger Politik: das Weltgeschehen wird nur noch im Reflex der chinesischen Selbstbezogenheit begriffen. Unserer Kenntnis entzieht sich dabei vollständig, welcher Art die Reaktion der chinesischen Inlandsöffentlichkeit auf die von der Hsinhua-Agentur monopolistisch übermittelte Darstellung der internationalen Situation und Entwicklung ist. Die Erinnerung an das plötzliche Aufbegehren chinesischer Intellektueller während der „Hundert Blumen“-Kampagne im Jahr 1957 legt es jedoch keineswegs nahe, aus dem heutzutage erzwungenen Ausbleiben kritischer Stimmen auf eine unbedingte Übereinstimmung zwischen offizieller Sicht und gesellschaftlicher Meinung zu schließen.